Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Montag, 2. Februar 2009
Ausgabe 021

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Bürgerangelegenheiten **3**
Meldungen **3**
› Glückwünsche für Brigitte von Welser zum 60. Geburtstag 3
› OB Ude zu Herausgabe-Ansprüchen der „Sumpflegende“ 4
› Münchner Gespräche zur Stadtbaukultur 4
› Münchner Volkshochschule: Ausstellung „Über Stadt und Stein” 5
› „Afrika2Fischis” mit Gästen in der Seidlvilla 6
› Führung durch die Ausstellung „Typisch München!” 7
› Führung durch die Ausstellung „stadt | bau | plan” 7
› Winterdienstbilanz für die Zeit vom 30. Januar bis 1. Februar 8
Antworten auf Stadtratsanfragen **9**
› Energieeinsparung bei der Sanierung und beim Neubau von Wohngebäuden 9

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat **15**

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Wiederholung
Dienstag, 3. Februar, 11 Uhr, Grütznerstube im Rathaus
Eine Imagekampagne für den Olympiapark und ein Plakat zur Sensibilisierung bezüglich der Schlaganfall-Symptome: Schirmherr und Bürgermeister Hep Monatzeder stellt gemeinsam mit Professor Dr. Florian von Wangenheim, Lehrstuhl für Dienstleistungs- und Technologiemarketing der Technischen Universität München (TUM), Rüdiger W. Storim, Ströer Deutsche Städte Medien GmbH, Arno Hartung, Olympiapark München GmbH, und Birgit Härtle, Boehringer Ingelheim Pharma GmbH & Co. KG, sowie Eva Bittner und Bettina Schlotfeldt aus dem Praxisseminar „Out-of-Home Medien" die Plakate vor, die Studierende der Technologie- und Management-orientierten Betriebswirtschaftslehre entwickelt haben.
Im Anschluss werden die beiden Großflächenplakate auf einer mobilen Wand plakatiert.

Wiederholung
Dienstag, 3. Februar, 15 Uhr, Löwenbräukeller am Stiglmaierplatz
Stadtrat Dr. Reinhard Bauer (SPD) spricht in Vertretung des Oberbürgermeisters Grußworte zum Faschingsnachmittag des Sozialverbandes VdK, Kreisgeschäftsstelle München.

Donnerstag, 5. Februar, 11 Uhr, Schaustellersammlung im Münchner Stadtmuseum, 3. Stock, St.-Jakobs-Platz 1
Tourismusdirektorin und Festleiterin Dr. Gabriele Weishäupl gibt das Ergebnis des geschlossenen Wettbewerbs um das Oktoberfest-Plakat 2009 bekannt.
Der Termin ist auch für Fotografen geeignet.

Donnerstag, 5. Februar, 17 Uhr, im Sitzungssaal der Regierung von Oberbayern, 6. Stock, Maximilianstraße 39
Sitzung des Sportbeirates der Landeshauptstadt München. Auf der Tagesordnung steht u.a. die Sportstättensituation in München – Rudi-Sedlmayer-Halle.

Donnerstag, 5. Februar, 18 Uhr, Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1
Dr. Ulrich Pohlmann, Leiter der Sammlung Fotografie, spricht zur Eröffnung der Ausstellung „Forum 015: Christin Losta – Das Mädchen Li". Christin

Losta, aus Wien gebürtige und in München lebende Fotografin, gehört zu den eigenwilligsten Interpretinnen der Haute Couture. Ihre Aufnahmen stellen eine Auswahl von bedeutenden Kreationen aus der Wiener Kostüm- und Modesammlung der Universität für Angewandte Kunst vor. Die Ausstellung ist Teil eines langjäh-rigen Werkzyklus, in dem Losta historische Mode aus den bekanntesten Museumssammlungen in Europa und Nordamerika wie Skulpturen inszeniert. Die Ausstellung ist vom 6. Februar bis 5. April, Dienstag bis Sonntag von 10 bis 18 Uhr, in der Sammlung Fotografie des Münchner Stadtmuseums zu besichtigen.
Achtung Redaktionen: Pressevorbesichtigung am 5. Februar, um 11 Uhr. Am 6. Februar findet um 15 Uhr ein Künstlergespräch statt.

Bürgerangelegenheiten

Montag, 9. Februar, 19.30 Uhr,
Gaststätte „Mehlfeld's", Guardinistraße 98 a
Sitzung des Bezirksausschusses 20 (Hadern). Zu Beginn der Sitzung findet eine ***Bürgersprechstunde*** mit dem Vorsitzenden Johann Stadler statt.

Meldungen

Glückwünsche für Brigitte von Welser zum 60. Geburtstag
(2.2.2009) Oberbürgermeister Christian Ude gratuliert Brigitte von Welser zum bevorstehenden 60. Geburtstag: „Deinen Ehrentag nehme ich gern zum Anlass, Dir für Dein außergewöhnliches Engagement für die Gasteig München GmbH zu danken. Du leitest die Geschicke der Gesellschaft seit zehn Jahren als Geschäftsführerin und kannst heute auf herausragende Ereignisse – dazu gehören auch Großsanierungsprojekte wie ‚Synergie' und ‚Brush up' – zurückblicken.
Du hast maßgeblich zu den Erfolgen des Gasteig beigetragen und mit Blick auf die Zukunft warten weitere bedeutende Aufgaben und Herausforderungen auf Dich. Dass der Gasteig heute als Kulturzentrum im internationalen Vergleich einen führenden Rang einnimmt, ist Deinem hohen persönlichen Einsatz zu verdanken.
Für die kommenden Jahre wünsche ich Dir vor allem Gesundheit, persönliches Wohlergehen und weiterhin viel Erfolg."

(teilweise voraus)

OB Ude zu Herausgabe-Ansprüchen der „Sumpflegende“

(2.2.2009) Zu den von Rechtsanwalt Christian von Berg vertretenen Ansprüchen auf Herausgabe des Paul-Klee-Bildes „Sumpflegende“ erklärt Oberbürgermeister Christian Ude:

„Im Fall des Klee-Bildes „Sumpflegende“ geht es ***nicht*** um einen Fall des Washingtoner Abkommens zur NS-Raubkunst, da das Bild von den Nationalsozialisten als Werk der „entarteten Kunst“ eingezogen und später vom Dritten Reich verkauft worden ist. Auf Werke der so genannten „entarteten Kunst“ findet aber das Washingtoner Abkommen nach allgemeiner Auffassung keine Anwendung.

Das Bild tauchte nach mehrjährigem ungeklärten Verbleib 1962 erstmals wieder bei einer ***öffentlichen Versteigerung*** auf. Herkunft und Geschichte des Bildes waren dabei allgemein bekannt. Die öffentliche Versteigerung blieb unbeanstandet. Das Bild wechselte fortan mehrmals den Besitzer. 1982 hat die Stadt München das Bild gemeinsam mit der Gabriele Münter- und Johannes-Eichner-Stiftung zum Verkehrswert von 640.000 Schweizer Franken erworben, um es am Ort seiner Entstehung öffentlich zu zeigen und auf diese Weise die nationalsozialistische Diskriminierung als „entartete Kunst“ zu widerlegen.

Im Dezember 1993 hat das Landgericht München ***rechtskräftig*** festgestellt, dass der Sohn der Eigentümerin aus zweiter Ehe keinen Herausgabeanspruch hat. Dieses Urteil wurde nicht nur auf den Eintritt der Verjährung gestützt, sondern auch darauf, dass das Bild der Eigentümerin nicht „abhanden gekommen“ sei und kein „bösgläubiger Erwerb“ vorliege. Nachdem dieser Sohn aus der zweiten Ehe der Eigentümerin des Bildes auf Ansprüche verzichtet hat, machen nun zwei Kinder aus erster Ehe geltend, dass sie die Erben seien, was jedoch im Widerspruch zu zwei Rechtsgutachten steht.

Vor diesem Hintergrund geht die Landeshauptstadt davon aus, dass eine Herausgabe des Gemäldes oder die Zahlung einer Entschädigung gegen Artikel 75 Absatz 3 der Gemeindeordnung verstoßen würde, da rechtskräftig gerichtlich festgestellt worden ist, dass kein Grund zur Herausgabe oder Entschädigung besteht.“

Münchner Gespräche zur Stadtbaukultur

(2.2.2009) Zum Auftakt der Reihe „Münchner Gespräche zur Stadtbaukultur“ tritt Stadtbaurätin Dr.(I) Elisabeth Merk am Mittwoch, 4. Februar, um 19 Uhr in der Rathausgalerie in einen Dialog mit Chris Dercon, Direktor Haus der Kunst, München. Stadtbaukultur umfasst viele Facetten der Stadt – den gebauten Raum und das urbane Leben genauso wie die poli-

tische Dimension von Stadt. Aus verschiedenen Blickwinkeln wollen die „Münchner Gespräche zur Stadtbaukultur" jenseits des fachlichen Alltags die Themen beleuchten, die für Münchens Entwicklung wichtig sind. In der Reihe sind Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen, Professionen und Meinungen eingeladen, mit der Stadtbaurätin zu sprechen. Der Eintritt ist frei. Weitere Informationen: Referat für Stadtplanung und Bauordnung, PlanTreff, Blumenstraße 31, Telefon 2 33-2 29 42.

Münchner Volkshochschule: Ausstellung „Über Stadt und Stein"
(2.2.2009) Im Münchner Jubiläumsjahr 2008 wurden im Rahmen des erfolgreichen Ausstellungsprojektes „LehmZiegelStadt – zur Geschichte der Ziegeleien im Münchner Osten" auch zehn ausgewählte Arbeiten des an der Münchner Volkshochschule (MVHS) etablierten „Projektes Fotografie" unter Leitung von Michael Jochum gezeigt. (Diese Fotoarbeiten sind im Buch zur Ausstellung veröffentlicht, das im Münchner Volk-Verlag erschien: Erich Kasberger/Winfried Eckardt, Herausgeber: LehmZiegelStadt – der Rohstoff Lehm in der Münchner Stadtgeschichte, 14,90 Euro).
Der Stadtbereich Ost der Münchner Volkshochschule zeigt nun noch einmal eine größere Auswahl dieser Fotoarbeiten in vielfältigen und ungewöhnlichen Präsentationsformen im Stadtbereichszentrum an der Werinherstraße 33. Die Ausstellung wird bis 29. März gezeigt. Die Vernissage findet am Freitag, 6. Februar, ab 18 Uhr statt. Die Ausstellung ist montags bis freitags ab 9 bis 17 Uhr geöffnet, während des Kursbetriebes (ab 2. März) bis 21 und am Wochenende von 10 bis 17 Uhr. Gezeigt werden Arbeiten von Gisela Birkenthal, Ilona Brundiers, John De Vine, Axel Dieks, Matthias Hofstetter, Robert Maibaum, Elisabeth Mihalyi, Taj Peyton, Stefan Rampf und Brigitte Zimmermann. Die Arbeiten reichen von klassisch dokumentarischer Fotografie über Reportagefotografie und Collagen bis hin zu experimentellen Darstellungen und zur fotografischen Konstruktion fiktiver Raum- und Stadtansichten.
Das „Projekt Fotografie" wurde 1989 an der MVHS von Michael Jochum gegründet. Unter seiner Leitung hat es sich in München zu einem wichtigen Forum für künstlerische Fotografie entwickelt. Arbeiten der Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren u.a. in der Aspekte-Galerie im Gasteig ausgestellt. Seit einigen Jahren findet eine Werkschau mit dem Titel „salon de photographie" an verschiedenen Orten und in ungewöhnlicher Präsentationsform statt.
Das mehrstufige und semesterübergreifende „Projekt Fotografie" richtet sich an besonders Interessierte, die sich intensiv mit dem Medium Fotografie beschäftigen wollen, um eine persönliche Bildsprache zu entwickeln. Weitere Informationen unter: *www.projekt-fotografie.de.*

Michael Jochum ist freischaffender Fotograf in München und Gründer des „Fotowerk Augsburg", einem Forum für Fotografie, Kunst und Ausstellungskonzeptionen. Er ist Mitglied der DFA (Deutsche Fotografische Akademie) und war an zahlreichen fotografischen Ausstellungen und Veröffentlichungen beteiligt. Einzelausstellungen zuletzt 2007 im Haus der Fotografie, Burghause, und 2008 in der Galerie des Bezirks Oberbayern, München. Nähere Informationen unter der Rufnummer 62 08 20-11 oder -14.

„Afrika2Fischis" mit Gästen in der Seidlvilla

(2.2.2009) Am 4. und 5. Februar finden um 20.30 Uhr in der Seidlvilla, Nikolaiplatz 1b, die letzten beiden Vorstellungen von „Afrika2Fischis" statt, einer Synthese aus Theaterabend und Ausstellung von Bettina Kraus und Philipp Hauß mit Schauspielern, Künstlern, Filmen und Experten.
Ein Stück wertloser Abfall – ein Super8-Film – entdeckt auf einem Flohmarkt in Wien, wird zum Mittelpunkt der Geschichte: eine einst wertvolle Erinnerung, achtlos weggegeben, wird wieder hervorgeholt, valorisiert, von allen Seiten untersucht und beleuchtet und bekommt so vielleicht wieder einen Wert. In den verschiedenen Räumen der Seidlvilla gehen Schauspieler, Maler, Videokünstler, Musiker, ein Autor und echte Experten vom Ethnologen über Medienwissenschaftler bis hin zu Abenteurern auf die Suche nach den Geschichten hinter den Bildern.
Am 4. Februar sind als „Special Guests" dabei:

- Der Ethnologe Alexander Kellner, der an der Universität München lehrt; er lebte ein Jahr lang bei den Burji in Kenia, ist Spezialist für die Sprache der Burji und zeigt Dias und Tonaufnahmen von seiner Zeit in Kenia.
- Thomas Marx, Bereichsleiter Bayern beim African Safari Club, der gerade eine Spezialreise „Kenya auf den Spuren Barack Obamas" organisiert.
- Das Ehepaar Falk und Heidi Gottschalt; sie lernten sich vor rund 25 Jahren in Kenia als Tourist und Reiseleiterin kennen und heirateten dort; heute betreiben sie ein Reisebüro. Sie kennen jeden Ort auf den Super8-Filmen und haben eine Menge Abenteuer in Kenia erlebt, von denen sie berichten werden.

Am 5. Februar treten ebenfalls Gäste auf:

- Cassis Kilian ist Medienethnologin und Schauspielerin; sie lehrt an der Universität Mainz.
- Das Ehepaar Falk und Heidi Gottschalt ist außerdem nochmals mit dabei.

Außerdem wird am 4. und 5. Febraur der Kultfilm „Unsere Afrikareise" von Peter Kubelka aus dem Jahr 1966 gezeigt. Ebenfalls an beiden Tagen gibt

es „13 ou 14" von Jan Peters zu sehen; der Künstler wird persönlich anwesend sein und zu seinem Film eine Live-Performance zeigen.
Am Projekt beteiligt sind Karim Cherif (Schauspieler), Florian Dietrich (Installationskünstler), Sebastian Fust (Regisseur und Autor), Heidi und Falk Gottschalt (Reisebüroinhaber; Abenteurer und Kenia-Experten), Marie-Hélène Gutberlet (Filmwissenschaftlerin und Künstlerin), Christian Harder (Musiker), Markus Heinicke (Schauspieler), Alexander Kellner (Ethnologe), Bernd Köhler (Architekt, Fotograph und Schauspieler), Dietrich Kuhlbrodt (Staatsanwalt, Filmkritiker und Schauspieler), Thomas Marx (African Safari Club München), Jan Peters (Super8Film- und Videokünstler), Stefanie von Poser (Schauspielerin), Martin Schepers (Maler), Miriam Antonia Wagner (Schauspielerin) u.v.a.
Karten zu 14 Euro, ermäßigt 9 Euro, können unter Telefon 34 08 68 37 (Bettina Kraus) oder per E-Mail: af2fi@yahoo.de reserviert werden.
„Afrika2Fischis" wird gefördert vom Kulturreferat der Landeshauptstadt München in Zusammenarbeit mit der Seidlvilla München. Mehr Informationen unter *www.seidlvilla.de/programm.htm*

Führung durch die Ausstellung „Typisch München!"
(2.2.2009) Dr. Richard Bauer, langjähriger Direktor des Stadtarchvis München, führt am Donnerstag, 5. Februar, um 15 Uhr anhand der Ausstellung „Typisch München!" in die historische Entwicklung der bayerischen Landeshauptstadt ein. Treffpunkt ist im Foyer des Münchner Stadtmuseums, St.-Jakobs-Platz 1. Der Museumseintritt kostet 4 Euro, ermäßigt 2 Euro. Die Führungsgebühr beträgt 6 Euro.

Führung durch die Ausstellung „stadt | bau | plan"
(2.2.2009) Am Mittwoch, 4. Februar, um 17 Uhr führt Lutz Hoffmann, Mitautorin der Ausstellung „stadt | bau | plan – 850 Jahre Stadtentwicklung München" im Referat für Stadtplanung und Bauordnung, Blumenstraße 28 b (Hochhaus), durch die wichtigsten Stationen der Münchner Stadtentwicklung von der mittelalterlichen Gründung des Marktfleckens bis zu der aktuellen Situation einer Metropole im 21. Jahrhundert. Schwerpunkte sind die im Stadtbild ablesbaren Spuren zu den wichtigsten Wegmarken, Umbrüchen und Neuerungen der Stadtentwicklung, die dazu beigetragen haben, aus München eine „besondere" Stadt zu machen. Der Eintritt ist frei, die Führung kostet 4 Euro.

Winterdienstbilanz für die Zeit vom 30. Januar bis 1. Februar
(2.2.2009) Hier die aktuellen Winterdienst-Zahlen:
Freitag, 30. Januar:
Einsatzzahlen:
Personal: 189 Fahrzeuge: 128
Streuguteinsatz:
Salz: 49,14 t Splitt: 68,75 t
Kosten des Einsatztages: 114.351,60 Euro
Samstag, 31. Januar:
Einsatzzahlen:
Personal: 99 Fahrzeuge: 75
Streuguteinsatz:
Salz: 6,95 t Splitt: 35,50 t
Kosten des Einsatztages: 71.141,43 Euro
Sonntag, 1. Februar:
Einsatzzahlen:
Personal: 96 Fahrzeuge: 72
Streuguteinsatz:
Salz: 13,66 t Splitt: 25,25 t
Kosten des Einsatztages: 66.154,22 Euro
Bisherige Bereitschaftstage: 12
Bisherige Einsatztage: 81
Bisher aufgelaufene Kosten im Winter 2008/2009: ***10.122.717,73 Euro***

Antworten auf Stadtratsanfragen

Montag, 2. Februar 2009

Energieeinsparung bei der Sanierung und beim Neubau von Wohngebäuden
Anfrage Stadtrat Dr. Michael Mattar (FDP) vom 13.11.2008

Antwort Stadtbaurätin Dr. (I) Elisabeth Merk:

Mit Schreiben vom 13.11.2008 haben Sie gemäß § 68 GeschO folgende Anfrage an Herrn Oberbürgermeister gestellt, die vom Planungsreferat unter Einbeziehung der städtischen Wohnungsbaugesellschaften und des Referats für Umwelt und Gesundheit wie folgt beantwortet wird. Mit E-Mail vom 04.12.2008 wurden sie um Zustimmung zu einer Terminverlängerung gebeten.

In Ihrer Anfrage beziehen Sie sich auf ein Gutachten der städtischen Wohnungsbaugesellschaften GEWOFAG, GWG und Heimag für das Bauprojekt Lieberweg der GWG. Das Gutachten der Ingenieure Süd GmbH wurde den Stadtratsfraktionen durch das Referat für Stadtplanung und Bauordnung im Oktober 2008 zur Kenntnis gegeben.

Frage 1:
Teilt die Verwaltung die Aussagen der Untersuchung, dass bei Anforderungen nach KfW-40 und EnEV H´t – 50 die Kostenmehrungen (je nach verwendetem Baumaterial) zwischen 195 bis 273 Euro pro qm liegen und die eingesparten Endenergiekosten lediglich bei 3,63 bis 4,32 Euro pro qm und Jahr betragen?

Antwort:
Die städtischen Wohnungsbaugesellschaften GWG, HEIMAG und GEWOFAG haben eine Untersuchung durchführen lassen, die das Ziel hatte, an einem durchschnittlichen Standard – Wohngebäude (Geschosswohnungsbau, wie er bei städtischen Wohnungsbaugesellschaften häufig ausgeführt wird, in verschiedenen bautechnischen Ausführungsarten) verschiedene Energieeinsparungsvarianten hinsichtlich Bautechnik, Kosten und Energieeinsparung zu untersuchen. Zwei von insgesamt sieben Varianten waren die in der Anfrage genannten Varianten KfW 40 und H't -50. Die Mehrkosten für diese Energieeinsparungsvarianten lagen zwischen 173 Euro/m²

WF und 205 Euro/m² WF inkl. MwSt je nach Ausführungsart. Unter Berücksichtigung des Wohnflächenverlustes (dieser entsteht zum Beispiel durch zusätzliche Wärmedämmung an der Außenfassade) lag die Spanne für die genannten Varianten zwischen195 Euro/m² WF und 273 Euro/m² WF. Die genannten Beträge bei den eingesparten Energiekosten stellen die Differenz zwischen dem Standard der EnEV 2007 und die in der Anfrage genannten Energieeinsparungsvarianten dar. Hier ist anzumerken, dass die eingesparten Energiekosten eine Momentaufnahme darstellen, da Energiekosten – wie gerade aktuell zu beobachten ist – starken Schwankungen unterliegen.

Grundsätzlich ist auch anzumerken, dass die ermittelten Energiekennzahlen und Kosten nur als Anhaltswerte dienen können. Es wurde nur ein Gebäude, das als beispielhaft angesehen werden kann, untersucht. Abhängig von der Gebäudeform und dem Fensterflächenanteil ergeben sich bei anderen Gebäuden jeweils andere Anforderungen an die Gebäudehülle und damit unterschiedliche Mehrkosten für erhöhte Dämmstandards. Auch die Art der Energieversorgung kann das Ergebnis erheblich beeinflussen. Insofern kann immer nur ein Kostenkorridor für die baulichen Mehrkosten benannt werden, nicht jedoch allgemein gültige oder exakte Werte.
Um die Ergebnisse der Untersuchung zu verifizieren, wurde Herr Professor Hausladen von der Technischen Universität München beauftragt, die Studie nochmals zu überprüfen. Die Ergebnisse der Studie wurden von Prof. Hausladen Im Wesentlichen bestätigt. Daher kann aus Sicht der Verwaltung davon ausgegangen werden, dass sich die im Gutachten dargestellten Mehrkosten im Rahmen des vorgenannten Kostenkorridors bewegen.

Das Referat für Umwelt und Gesundheit teilt im Wesentlichen die Auffassung des Referats für Stadtplanung und Bauordnung und teilt in seiner Stellungnahme zu Frage 3 folgendes mit:
„In dieser Variantenuntersuchung im Auftrag der städtischen Wohnungsunternehmen wurden anhand eines konventionell errichteten Gebäudes die wahrscheinlichen Baukosten und Flächenverluste für die Realisierung in verschiedenen energetischen Standards errechnet, die höher liegen als bei der aktuell gültigen Energieeinsparverordnung. Dieses Vorgehen hat den Nachteil, dass eine integrale Planung der energetischen Anforderungen mit dem Ziel der Kostensenkung nicht stattfindet; die entsprechende Wärmedämmung und Anlagentechnik vielmehr auf das Gebäude nachträglich „aufgesetzt" werden. Weiterhin wird im Geschosswohnungsbau oft ein günstigeres Verhältnis von Außenfläche zu Volumen (A/V) als bei

dem Mustergebäude erreicht. Weniger Außenfläche verursacht aber niedrigere Kosten bei der Wärmedämmung. Insofern fallen die bei der Variantenuntersuchung errechneten Baukosten nach Ansicht des RGU tendenziell zu hoch aus; vor allem im Falle des energetischen Standards „Passivhaus".
Außerdem muss darauf hingewiesen werden, dass es sich nicht um eine Wirtschaftlichkeitsrechnung handelt. In dieser müsste auf Basis realitätsnaher Kostenangaben und Energiepreisprognosen geprüft werden, ob sich die Mehrkosten für verschiedene energetische Standards aufgrund von Energiekosteneinsparungen innerhalb der Nutzungsdauer amortisieren. Dann wäre auch die städtische Förderung (Beschlussvorlage zum Förderprogramm Energieeinsparung im Umweltschutzausschuss am 02.12.2008) von Neubauten im Passivhausstandard und KfW-40-Standard zu berücksichtigen. Der Ansatz der aktuellen Energiekosten und quadratmeterspezifischen Kosteneinsparungen in „Renditeberechnungen" ohne Berücksichtigung von Energiepreissteigerungen muss zu unrealistischen Ergebnissen führen."

Frage 2:
Wenn ja, glaubt die Verwaltung, dass bei einer Rendite der zusätzlich aufgewendeten Investitionskosten von 1,6 bis 1,9 % diese Maßnahme wirtschaftlich sinnvoll ist?

Antwort:
Grundsätzlich wurde die Studie angefertigt, um zu belastbaren Ergebnissen über die Mehrkosten bei Energieeinsparungsmaßnahmen zukommen. Es wurden verschiedene Varianten berechnet, um das Spektrum der verschiedenen Energieeinsparungsaufwendungen und den dazugehörigen Kosten zu untersuchen, und um zu ermitteln, wie hoch die Energieeinsparung bei den einzelnen Varianten ist, da die Angaben, die in der Literatur zu finden sind und die von Interessensverbänden getroffen werden, voneinander stark abweichen. Hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit der Maßnahmen ist festzustellen, dass der Standard KfW 60 kostenmäßig mit dem Standard der EnEV 2009, die der Gesetzgeber im Jahr 2009 einführen will, übereinstimmt. Der Standard KfW 40 soll in etwa der EnEV 2012 entsprechen, die der Gesetzgeber im Jahr 2012 einführen will. Hier bleiben jedoch die weiteren Entwicklungen abzuwarten.
Die genannte Rendite von 1,6 % - 1,9 % der zusätzlichen Investitionskosten liegt zunächst deutlich unter einer angemessenen üblichen Verzinsung. Allerdings ist die Wirtschaftlichkeit von Energieeinsparungsmaßnahmen langfristig vom Energiepreis und dessen Entwicklung sowie vom je-

weils gültigen Mietrecht abhängig. In diese Betrachtung müssen auch etwaige Risiken im Bezug auf mögliche Mieterfluktuationen einbezogen werden.

Frage 3:
Teilt die Verwaltung die Angaben der Untersuchung bezüglich des Standards „Passivhaus", wonach hier die Kostenmehrung pro qm bei 363,21 Euro liegen und zu einer Senkung der Endenergiekosten von 5,04 Euro pro m² und Jahr führen (Rendite 1,39 %)?

Antwort:
Der im Gutachten genannte Wert für die baulichen Mehrkosten des Passivhausstandards ist aus Sicht der Verwaltung unter Vorbehalt zu sehen. Diese Ansicht wird auch von den städtischen Wohnungsbaugesellschaften geteilt.
Es ist festzustellen, dass diese Kostenermittlung nur überschlägigen Charakter hat, da für das konkrete, den Berechnungen zu Grunde liegende Gebäude eine Vielzahl von Annahmen getroffen werden mussten, um die geforderte Energieeinsparung zu erreichen.
Bei der Vergleichsbetrachtung wurde das Gebäude einerseits virtuell gedreht um eine optimierte Südausrichtung in die Berechnung einbeziehen zu können. Andererseits weichen Gebäudeausformung und Materialwahl des Referenzgebäudes Lieberweg stark von den für Passivhäuser üblichen Bauweisen ab. Diese Vorgaben machen eine Vergleichbarkeit schwierig. Bei einer Berücksichtigung der Anforderungen an den Passivhausstandard bereits zu Beginn der Planungsphase lägen die Kosten vermutlich niedriger als im Gutachten dargestellt. In jedem Fall ist jedoch von gegenüber dem KfW-40-Standard nochmals erhöhten Baukosten auszugehen. Dies bedeutet auch, dass sich bei Zugrundelegung der errechneten Energiekosten eine etwas günstigere Rendite als 1,39 % ergäbe. Bei den Angaben zu den errechneten Energiekosten ist jedoch wie bei allen anderen dargestellten Standardverbesserungen darauf hinzuweisen, dass es sich um theoretische d. h. rechnerische Bedarfswerte handelt. In der Praxis werden die Verbrauchswerte wesentlich durch das Nutzerverhalten beeinflusst. Hierbei zeigt sich immer wieder, dass die tatsächlichen Verbrauchswerte höher ausfallen als die errechneten Bedarfswerte. Ursache hierfür ist häufig falsches Nutzerverhalten.

Das Referat für Gesundheit und Umwelt teilt auch hier im Wesentlichen die Einschätzung des Referates für Stadtplanung und Bauordnung und teilt in seiner Stellungnahme zu Frage 3 folgendes mit:

„Aufgrund von einigen Annahmen, die bei der Variante „Passivhaus" getroffen wurden, insbesondere bezüglich der Anlagentechnik (Wärmepumpe, Solarthermie, elektromotorische Verschattung etc.) ist dieser Fall schlecht mit den anderen Varianten vergleichbar. Passivhäuser im Geschosswohnungsbau sind nach Kenntnis des RGU mit niedrigeren wohnflächenspezifischen Baukosten zu realisieren als hier berechnet."

Frage 4:
Liegen der Verwaltung Zahlen zu typischen Sanierungskosten (Heizung, Dämmung der Decken und Außenwände, Fenster) für Wohnungsgebäude im Bestand (insbesondere aus den Jahren 1945 bis 1970) vor? Welche Einsparungen ergeben sich hierbei bei den Energiekosten? Liegen hier die Renditen für die eingesetzten Investitionskosten möglicherweise höher?

Antwort:
Der Verwaltung liegen derzeit keine konkreten Zahlen zu typischen Sanierungskosten für Wohnungsgebäude im Bestand vor. Allerdings haben die städtischen Wohnungsbaugesellschaften GWG, Heimag und GEWOFAG auch für Bestandsgebäude verschiedener Baujahre eine Untersuchung über die Mehrkosten von Energieeinsparungsmaßnahmen in Auftrag gegeben. Auch diese Untersuchung wird von Herrn Professor Hausladen testiert. Die ersten Ergebnisse der Untersuchung liegen vor, nicht jedoch das Testat. Insofern wurden die Ergebnisse der Untersuchung noch nicht freigegeben. Die grundsätzliche Problematik im Bestand ist, dass Energieeinsparungsmaßnahmen technisch wesentlich aufwändiger umzusetzen sind als im Neubau, bei dem bereits in der Planung die geforderten Energieeinsparungsergebnisse berücksichtigt werden können. Die vergleichbaren Kosten liegen im Bestand daher deutlich höher als im Neubau. Es muss auch darauf hingewiesen werden, dass gerade im Bereich der Gebäudesanierung in der Regel eine jeweilige Einzelfallbetrachtung erforderlich ist und deshalb pauschalisierte Angaben für bauliche Mehrkosten sehr schwierig sind.

Frage 5:
Sollten keine Zahlen vorliegen: sieht sich die Verwaltung in der Lage, entsprechende Zahlen durch die städtischen Wohnungsgesellschaften oder andere Institutionen (Freistaat, Bund, andere Wohnungsgesellschaften, Verbände wie z. B. Haus und Grund) zu besorgen?

Antwort:
Es ist davon auszugehen, dass die Ergebnisse der in Frage 4 genannten Bestandsuntersuchung und das Testat in der Endfassung bis Ende des Jahres vorliegen werden. Die Ergebnisse der Untersuchung werden den Fraktionen und Gruppierungen des Stadtrates zur Kenntnis gegeben, sobald diese vorliegen.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Montag, 2. Februar 2009

Öffentliche Toiletten – für alle zugänglich halten
Antrag Stadträtin Dagmar Henn (Die Linke)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Siegfried Benker; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Mechthild von Walter; **Freie Wähler**: Dr. Michael Piazolo; **Bayernpartei**: Thomas Hummel; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

DIE LINKE.
... mit links für ein solidarisches München

DIE LINKE im Stadtrat, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München

Oberbürgermeister
Christian Ude

Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

München, den 30.01.09

Antrag: Öffentliche Toiletten – für alle zugänglich halten

Der Stadtrat möge beschließen:

Das Kommunalreferat wird beauftragt, in die Verhandlungen mit dem Investor, der die öffentlichen Toiletten übernehmen soll, die Frage der Zugänglichkeit für arme Bürgerinnen und Bürger mit aufzunehmen und ein Verfahren zu entwickeln, dass ihnen weiterhin eine kostenfreie Nutzung der Toiletten ermöglicht.

Begründung:

Der in der Presse angegebene voraussichtliche Preis für eine Toilettennutzung in Höhe von -,50 Euro ist für Münchnerinnen und Münchner, die von ALG II oder von Grundsicherung leben müssen, zu hoch. Es ist aber gerade diese Bevölkerungsgruppe, die auch nicht die Möglichkeit hat, in Gaststätten auszuweichen (weil sie sich diese ebenfalls nicht leisten kann) oder in Kaufhaustoiletten, die längst ebenso hohe Gebühren verlangen.

Zudem sind Frauen von der Einführung dieser Gebühren besonders betroffen. Sie haben in der Regel ein höheres Sicherheitsbedürfnis als Männer und können sich auch nicht durch Urinieren in der Öffentlichkeit erleichtern. Eine geschlechtsspezifische Diskriminierung sollte aber auch im Bereich der Bedürfnisanstalten vermieden werden. (So wäre beispielsweise auch darauf zu achten, dass für Frauen keine höheren Gebühren erhoben werden als für Männer, wie es bei privaten Toilettenbetreibern schon vorgekommen ist).

Dagmar Henn
Stadträtin DIE LINKE.